

Calwer Wochenblatt.

Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.

In Calw abonnirt man bei der Redaktion, auswärts bei den Posten oder dem nächstgelegenen Postamt. — Die Einrückungsgebühr beträgt 2 Kr. für die dreispaltige Seite über deren Name.

Das Calwer Wochenblatt erscheint wöchentlich dreimal, nämlich Dienstag, Donnerstag und Samstag. Abonnementspreis halbjährlich, durch die Post bezogen im Bezirk 1 fl. 8 Kr., sonst in ganz Württemberg 1 fl. 10 Kr.

Nro. 118.

Dienstag, den 16. Oktober.

1866.

Amtliche Bekanntmachungen.

Calw. Auswanderung.

Der ledige Metzger Wilhelm Schneider von Calw wandert nach Nordamerika aus, nachdem er die verfassungsmäßige Bürgerschaft gestellt, auch für Tilgung etwaiger Verbindlichkeiten Sicherheit geleistet hat.

Den 10. Oktober 1866.
K. Oberamt.
Alt. Reuß, jef. St.B.

Revier Liebenzell.

Holz-Verkauf



den 19. Oktober, Vormittags 10 Uhr, auf dem Rathhaus in Sgelsloch: 394 Stück Nadelholz Lang- und Klotzholz.

60 Klafter Nadelholz-Scheiter und Brügel aus den Staatswaldungen Steinberg, Kollmisch, Thann, Wernerskreute. Neuenbürg, 10. Oktober 1866.
K. Forstamt

Forstamt Altenstaig.
Revier Hofstett.

Brennholz-Verkauf



Mittwoch, den 24. Oktober, Morgens 10 Uhr, in Enzelsösterle aus Mastberg 2., Leonhardswald, Kornhalde, ferner als Scheidholz aus der Großen- und Kleinen-Huth:

1/2 Klafter eichene Scheiter,	38 1/2	"	Brügel,
" "	3	"	Reisprügel,
" "	21	"	buchene Scheiter,
" "	8 1/2	"	"
" "	8 1/2	"	Reisprügel,
107 1/2	"	"	Nadelholz-Anbruchholz,
168 1/2	"	"	Nadelholzreisprügel,
9 1/4	"	"	tannene Rinde.

Altenstaig, 13. Oktober 1866.
K. Forstamt.
Holland.

Calw, 15. Oktober 1866.

Die Entrichtung der auf 1. Okt. d. J. verfallenen ersten Hälfte der Kapital-, Renten-, Dienst- und Veruß Einkommensteuer bei

pro 1. Juli 1866/67 wird den damit noch im Rückstand befindlichen Pflichtigen unter Anberaumung einer weitem Frist von 6 Tagen in Erinnerung gebracht.
K. Ortsteuernamt.

Simmozheim.

Schafwaide-Verpachtung.



Die hiesige Schafwaide, welche im Vor Sommer 250 und im Nach Sommer 300 Stück ernährt, wird auf 3 Jahre, nämlich auf

die Zeit vom 1. März 1867/70 am Dienstag, den 23. d. M., Mittags 1 Uhr, auf dem hiesigen Rathhause im öffentlichen Aufstreich verpachtet, wozu Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß fremde Steigerer sich mit Prädikats- und Vermögenszeugnissen zu versehen haben.

Den 12. Oktober 1866.
Schultheißenamt.
K. B. Krauß.

Gehingen.

Fahrniß-Auktion.

Da die Auktion bei Heinrich Gräber dahier ein befriedigendes Resultat nicht geliefert hat, so wird am

Freitag, den 26. Oktober,

Morgens 8 Uhr, eine abermalige Versteigerung beginnen, wobei vorkommt:

Früchte, Karteffeln, Heu, Stroh, Fuhrgeschirre und allerlei Hausrath Waifengeräth.

2)1. F. Biegler.

Breitenberg.

Langholz-Verkauf.

Mittwoch, den 17. d. M.,

Vormittags 10 Uhr,

werden auf hiesigem Rathhause circa 200 Stämme Langholz zum Verkauf gebracht, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Schultheiß Schuler.

Außeramtliche Gegenstände.

Neue holl. Vollenharinge

Friedr. Müller am Markt.

Turn- und Wehrverein.

Heute, Dienstag, Abends 8 Uhr, findet die jährliche Generalversammlung statt. Tagesordnung:

Neuwahl des Vorstands und des Turnraths, Rechenschaftsbericht u. s. w. Die Mitglieder werden zu zahlreichem Besuch freundlich eingeladen.

Der Turnrath.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am nächsten

Dienstag, den 16. d. M.,

stattfindenden Hochzeit laden wir alle unsere Verwandten, Bekannte und Freunde in das Gasthaus zum Dörsen in Möstlingen freundlichst ein.

Witb. Weit, Dreher.

2)2. Marie Fischer.

Die Musterkarte

von H. J. Model in Karlsruhe ist wieder mit den neuesten Herbst- und Winterstoffen ausgestattet und empfiehlt sich zu Aufträgen darauf angelegentlich

Carl Pflücker Wtr.

Ein Wirthschaftslokal

oder ein hierzu geeignetes Lokal, parterre oder eine Stiege hoch, wird auf Martini zu miethen gesucht; von wem? ist bei der Redaktion d. Bl. zu erfragen 2)1

Auf die bevorstehende Kirchweih empfehle ich meine schon längst bekannte

Schweizinger Essigbese

den Schoppen zu 16 Kr., mit dem Bemerkten, daß bei mir immer frische und gute Waare anzutreffen ist.

Heinrich Schmidt,

wohnb. bei Hrn. Schreiner Zahn im Schulgäßle.

Am Samstag, den 13. Sept., blieb in meinem Hause ein

Regenschirm stehen,

welchen der Eigentümer gegen die Einrückungsgebühr bei mir abholen kann.

Og. Fr. Acker.

150 fl. Pfleggeld

hat gegen gesetzliche Sicherheit auszuleihen Johannes Müller in Sonnenhardt.

2)2.

C a l w.

Auswanderer und Reisende nach Amerika

befördert auf vorzüglichen dreimastigen Segel-
schiffen, sowie mit den prachtvollen Dampfern des „Norddeutschen Lloyd“ und können Verträge zu den laufenden billigsten Ueberfahrtspreisen jederzeit abgeschlossen werden bei

dem concessionirten Agenten:
Christoph Widmann.

Einladung.

Sämmtliche Freunde und Bekannte der Herren Gebrüder Huber von Redarsulm werden zu deren Abschied auf heute Dienstag Abend in das Gasthaus zur Jungfer hiemit freundlich eingeladen.

Einige Bekannte.

Weinkäufe

in der bairischen Reinsalz, wo better ein gutes Erträgniß wächst und billig angekauft werden kann, vermittelt und empfiehlt sich bestens

Martin Benz,
Weincommissiönär in Driedesfeld bei Eckenobem.

Herbstbeginn nächste Woche.

Schmieh.

Geld auszuleihen.

Bei hiesiger Gemeindepflege liegen **900 fl.** zum Ausleihen parat.
Den 11. Oktober 1866.
Schultheiß Erhardt.

C a l w.

Ein bereits noch neues nussbaummaße-
rirtes
**Pfeilerkästchen und einen Küchen-
kasten** hat aus Auftrag zu verkaufen
Bäcker Heller.

Auf Vorausbestellung liefere ich reinen wasserfreien

Bratbirnmoss

(Gewicht auf der Waage der Weinverbesserungsgesellschaft 70°) à 3 fl. per 5mi vor das Haus

Bestellungen wollen längstens bis Mittwoch Abend gemacht werden.

E. Horlacher.

E. Gärtner's chemisch-technisches Laboratorium empfiehlt

Sichtwatte,

reelles und bewährtes Linderungsmittel gegen Sicht und Rheumatismus in Paqueten zu 18 und 30 fr.

Zahnwehwatte,

neues vorzügliches Mittel gegen Zahnschmerzen in Paqueten zu 12 fr.

Niederlage für Calw bei
Apotheker Rutherford.

Enfingen,
Eisenbahnstation Mingen.

Wein-Empfehlung.

Wegen Kellerräumung empfehle ich für bevorstehenden Herbst meine ganz reingehaltenen 1862r und 1863r Mittel- und Ausfluchweine zu den billigsten Preisen von 55 bis 85 fl.

Schultheiß Döngemach.

Junge Leute

finden dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn in der Fabrik von
Heinr. Gutten.

Allen Zahnweh = Leidenden

empfiehlt ein untrüglich probates geprüstes Universalmittel, welches durch seine überraschende Wirkung den heftigsten Schmerz in wenigen Sekunden stillt, in Flacons zu 12 fr. die Expedition d. Bl.

Zeugniß. Da sich Ihre mir unlängst gesendete Zahn-Tinktur bei einem meiner Freunde gut bewährt hat, und einer meiner Söhne nun auch mit heftigem Zahnleiden behaftet ist, und solcher daher dieses probate Mittel auch anwenden will, so bin ich so frei, Sie andurch abermals um baldmögliche Uebersendung von 2 Flacons dieses Heilmittels gegen Nachnahme des Kostenbetrags auf der Post freundlichst zu ersuchen

Mit freundlichem Gruße Ihr ergebener
H. H. Rathschreiber.
Moosbrunn (Baden, Post Eberbach),
den 31. März 1864.

Gehingen.

Farren-Verkauf.

Einen Original-Montafuner Farren, 1 1/2-jährig, hat besonderer Umstände wegen zu verkaufen, unter Garantie für dessen Tauglichkeit zum Dienst

(2)1. Schultheiß F. Biegler.

C a l w.

Schöne Tulpen-, Stern- und Hyazinthen-Zwiebel,

100 Stück zu 36 fr. empfiehlt
Gärtner Klöpfer.

Tagesneuigkeiten.

— Die erledigte Altuarsstelle bei dem Oberamte Calw wurde dem Regierungsrath Dr. 1. Klasse, Walz, übertragen und die erledigte Revierförstersstelle in Liebenzell, Forst Neuenbürg, dem Forstamtsassistenten Heigel in Reichenberg verliehen. (E. A.)

— Der Adresse-Entwurf der Fünfzehnerkommission der Abgeordneten-kammer, dessen Beratungen in den unten mitgetheilten Kammerverhandlungen begonnen, lautet:

Eurer königlichen Majestät (1.) haben die Stände des Landes zu berufen geruht, nachdem seit ihrer letzten Versammlung die schwersten Ereignisse über Deutschland hereingebrochen sind. (2.) Ein kurzer aber blutiger Krieg hat zur Lösung des Deutschen Bundes, zum Ausschlusse Oesterreichs aus der Verbindung mit dem übrigen Deutschland, zur Vergrößerung Preussens geführt, und mit der Gründung eines norddeutschen Bundes sollen die südwestlichen Staaten Deutschlands sich selbst überlassen werden. (3.) Wenn auch die Rede, mit welcher im Namen Eurer königlichen Majestät die Sitzungen der Stände eröffnet wurden, keine Ansicht über die allgemeine Lage kundgibt, in welche wir durch die Vorgänge der letzten Monate versetzt sind, so hält sich doch die Kammer der Abgeordneten für verpflichtet, hierüber sich auszusprechen. Eurer königlichen Majestät Regierung selbst wird der Ansicht der Landesvertretung nicht entbehren wollen, das Volk aber kann von der Kammer erwarten, daß diese die Grund-

sätze offen darlege, welche sie in solchen Zeiten der Umwälzung des Bestehenden leiten werden. (4.) So möge denn vor Allem rückhaltlos von uns ausgesprochen sein, daß der Wechsel der Ereignisse die Ueberzeugung von Recht und Unrecht, wie wir sie vor Beginn des Krieges gehegt, nicht ändern kann. Und wenn die kriegerischen Erfolge die Erreichung des von uns bisher erstrebten Zieles selbst als unmöglich darstellen sollten, so muß uns doch unverwehrt sein, daran zu erinnern, daß die Einigung des ganzen Deutschlands seit einem halben Jahrhundert der Wahlspruch deutscher Patrioten war, und daß die höchsten Ideen einer Nation darum noch nicht untergehen, weil ihnen in einem bestimmten Momente die Verwirklichung versagt zu sein scheint. (5.) Aber wir stehen als die Besiegten unter der Macht der Thatfachen, und die Pflicht fordert von uns, auf dem gegebenen Boden für das Beste des Volkes zu sorgen. (6.) Wir müssen es hinnehmen, daß mit der gegenwärtigen Gestaltung Deutschlands der Schutz des einzelnen Staates gegen außen eine unverkennbare Einbuße erlitten hat; hoffen wir, daß dennoch jeder Angriff auf deutsches Gebiet die Nation zur einmüthigen Abwehr bereit finden werde. (7.) Dem norddeutschen Bunde uns anzuschließen wären wir nicht im Stande, selbst wenn wir es wollten, weil Preußen sich nicht in der Lage befindet, es zu gestatten. (8.) Für uns fällt mit demselben Gewichte, wie die Verbindung Deutschlands zur mächtigen Einheit gegen außen, die Freiheit des Volkes in die Waagschale; wir sind

ihm schuldig, nach Kräften die Rechte zu sichern, die schon bisher des Schutzes der Verfassung genossen und ungehemmt ihrer weiteren Ausbildung entgegengeführt werden können. (9.) Darum kann nur auf einer Grundlage, welche die berechtigte Selbstbestimmung des Einzelstaates mit der nothwendigen Einheit des Gesamtstaates verbindet und die freie Entwicklung des konstitutionellen Lebens gewährleistet, eine Verbindung von Nord- und Süddeutschland in befriedigender Weise hergestellt werden. (10.) Wir suchen vergeblich auf der Seite jenes Bundes nach den Garantien, welche unser Recht zu schützen und den Fortschritt auf der Bahn der Freiheit zu sichern geeignet wären. (11.) Wir können es daher auch für jetzt nicht als unsere Aufgabe betrachten, den Anschluß an den norddeutschen Bund zu erstreben. (12.) Fern von jeder Feindseligkeit gegen Preußen und obwohl wir die Trennung des deutschen Südens und Nordens für die Dauer durchaus verwerfen, könnten wir es bei den nach jeder Richtung unfertigen Verhältnissen nur als einen Fehler der süddeutschen Staaten erkennen, wenn sie in hastiger Flucht vor der drohenden Isolirung eine Stellung zu dem Norden schon jetzt nehmen wollten, deren Bedeutung sich unter den gegebenen Umständen gar nicht bestimmen läßt. (13.) Die augenblickliche Lage der südlichen Staaten, welche wir allerdings als eine haltbare nicht anzusehen vermögen, ließe sich durch ihre enge Verbindung unter einander mit gemeinsamer parlamentarischer Vertretung günstiger gestalten. Sollte dieser Bund zur Zeit auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, so ist doch die Einigung jener Staaten über die wichtigste Angelegenheit des Schutzes nach außen und daher über die Kriegsverfassung so sehr durch die Natur der Sache geboten, daß kaum Einer derselben sich dagegen zu sträuben gemeint sein dürfte. (14.) Sodann ist es der rasche Ausbau der inneren Einrichtungen, welchen die gegenwärtige Lage gebieterisch fordert. Wir glauben uns in voller Uebereinstimmung mit Eurer königlichen Majestät zu befinden, wenn wir davon ausgehen, daß nur ein in seinen berechtigten Wünschen befriedigtes Volk, dessen Kräfte durch eine zweckmäßige Organisation gesammelt und nutzbar gemacht werden, den kommenden Ereignissen mit der Beruhigung, welche bei den zerrütteten Verhältnissen Deutschlands überhaupt möglich ist, entgegengeführt werden könne. (15.) Wir erlauben uns daher wiederholt um die möglichste Beförderung der Vorlagen über die Aenderungen in der Organisation der Verwaltung und über die Reform der Verfassung in Unterthänigkeit zu bitten. Die Aenderung der Verfassung insbesondere erscheint in manchen Theilen als eine der dringendsten Aufgaben, in andern als die zuverlässigste Maßnahme, um das Vertrauen zwischen Volk und Regierung zu befestigen. (16.) Eine nicht minder dringende Forderung des Volkes geht auf die Aenderung unserer Kriegsverfassung. Es bedarf heute keiner Rechtfertigung mehr, daß unter Beseitigung des Looses und der Stellvertretung die ganze Wehrkraft des Volkes zur Entwicklung zu bringen ist. Aber es gilt nicht bloß eine Nachahmung anderwärts bestehender Einrichtungen, welche das Volk mit unerträglichen Lasten bedrohen würden, vielmehr ist die allgemeine Wehrpflicht mit den Anforderungen des bürgerlichen Lebens und der Steuerkraft des Landes in das richtige Verhältnis zu setzen. Diese Aufgabe, so schwer sie erscheint, ist nicht unlösbar und sie muß in der nächsten Zeit ihre Lösung finden, wenn den kleineren Staaten überhaupt noch eine Bedeutung zukommen soll. Wir glauben auch in dieser Hinsicht einer baldigen Vorlage uns erfreuen zu dürfen. (17.) Möge die Vorsehung die Entschliessungen Eurer königlichen Majestät segnen, daß sie zum Wohle des engeren wie des weiteren Vaterlandes gedeihen. In tiefster Ehrfurcht verharret Eurer königlichen Majestät unterthänigst treuehuldigste Kammer der Abgeordneten.

— Stuttgart. (6. Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 10. Okt. Schluß.) Vor der bereits mitgetheilten Abstimmung über, resp. Zustimmung zu dem Waffenstillstands- und Friedensvertrag sprach Min. v. Barnbüler noch gegen den Vorwurf, daß die Regierung nicht wie die kaiserliche die Stände früher einberufen. Er habe es für eine Pflicht gegen das Vaterland gehalten, den Frieden sofort abzuschließen. Württemberg, Bayern habe Gebietsabtretungen zu machen gehabt; hätte Württemberg auch nur eine Quatratruhe Land abtreten sollen, so hätte er nicht ohne die Einwilligung der Kammer gehandelt — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Der Adressentwurf (Dieser Entwurf ist oben mitgeteilt.) Eine andere Adresse, welche den deutschen Staatenbund mit preussischer Führung befürwortet, ist vorgeschlagen von Feger

Goltzer, Hölder, Körner, Römer, Schall, Wächter, v. Weber. Für die Fünfhundert-Adresse haben sich 13 Redner (worunter auch Schull), gegen dieselbe 6 Redner eingeschrieben. Berichterstatter Probst sagt, der Adressentwurf sei ein Kompromiß, der aber gleichwohl auf einem einheitlichen Gedanken beruhe. Die Kommission habe für nöthig gefunden, alles zu vermeiden, was für Preußen unangenehm sein könnte. So habe man bei Punkt 4 den Zusatz, „daß die preuß. Erfolge noch jetzt den Stempel rechtswidriger Gewalt tragen“, und auch bei Punkt 11 eine schärfere Wendung weggelassen. Römer findet den Adressentwurf gänzlich unbefriedigend, weil er sich betreffs der Verbindung mit Preußen ablehnend verhalte und einen Südbund befürworte. Die einzig mögliche Form der Einigung Deutschlands sei aber der Bundesstaat unter preussischer Führung. Die Führerschaft Deutschlands durch Preußen sei bleibend; ein neuer Krieg könne bloß zur Vernichtung Oesterreichs führen; selbst wenn Oesterreich sich mit Frankreich verbinde, müsse Preußen siegen, da alle andern deutschen Staaten mit ihm gehen werden. Er findet daher Punkt 6 des Entwurfs, der nur die „Hoffnung“ einmüthiger Abwehr eines Angriffs auf deutsches Gebiet ausspreche, gar zu matt und will daraus folgern, daß Württemberg wenig gewillt sei, dem etwa Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Er verweigert sich nun soweit, zu sagen, diese Anschauung finde im süddeutschen Volke keinen Boden, denn „dieses sei noch nicht so tief gesunken, daß es auf Seiten der Herren Dessner und Mohl stehe“. Hierfür wird von allen Seiten der Ordnungsruf verlangt. Der Vicepräsident sucht zu vermitteln. Nach etwas stürmischer Scene, während welcher Römer sich vergeblich zu entschuldigen sucht, wird das von ihm noch ausgesprochene „Bedauern über den gebrauchten Ausdruck“ genügend erfunden. Redner hält es für ein Glück, daß der süddeutsche Bund, die bleibende Zerstückung Deutschlands (wer hat denn aber die Mainlinie gezogen? Preußen und Frankreich!) keine Aussicht auf das Zustandekommen habe. Gegenüber der im Bericht vorgeschlagenen militärischen Einigung wünscht er militärischen Anschluß an Preußen (Natürlich!) Die deutsche Einheit werde man haben so oder so. Entweder in der Form des Bundesstaats oder in der des Einheitsstaats. Streich bedauert den in Folge des Siegs Preußens eingetretenen Wechsel der Gesinnung vieler; die Kammer müsse zur Stärkung des Rechtsbewußtseins des Volks für das Recht sich erklären. Was wir gewollt, sei nicht schlecht geworden, weil uns der Sieg fehlte. Er will gegen Preußen keine feindselige Stimmung, aber dennoch alle Glieder deutscher Nation, Oesterreich (um dessen Verdrängung aus Deutschland Preußen den Krieg angefangen) miteingeschlossen, vereinigt wissen. An das norddeutsche Parlament hat er keinen Glauben; es sei kein eigentlicher Bund, denn es fehle die Gleichberechtigung der Glieder. Ein Anschluß an Preußen könne stattfinden, wenn dieses die Reichsverfassung von 1840 anbiete. Der Ausbau unserer inneren Verfassung sei aber unsere nächste Aufgabe. Feger findet im Gegensatz zu dem Adressentwurf in den Folgen des Krieges kein Unglück, sondern einen Schritt zur deutschen Einheit. Der durch den Krieg zerstörte Zustand sei selbst ein unrechtmäßiger gewesen und so habe ein Unrecht das andere abgelöst. Vollendete Thatsachen seien nicht rückgängig zu machen; auf den Boden dieser müsse man sich stellen. Vor Allem Centralgewalt und Parlament, von denen die Adresse schweige. Er sei nicht für sofortigen Eintritt in den Nordbund, aber für Aufnähmung von Unterhandlungen mit Preußen, so lange man noch ein bestimmendes Wort mitsprechen könne. Er glaube an die deutsche Einheit. Die Partikularen seien Schuld daran, wenn statt eines Bundesstaates Deutschland ein Unisomitatsstaat werde. — 11. Okt. (7. Sitzung.) Das Präsidium übernimmt wieder Douvernot, Am Ministertisch: v. Barnbüler, v. Hardegg, v. Renner, v. Goltzer, v. Gehler. Aus verschiedenen Theilen des Landes ist die von der Volkspartei ausgegangene Petition, betr. die Reorganisation des Heerwesens, eingelaufen. Minister v. Gehler theilt in Beantwortung der an ihn gestellten Interpellationen mit, daß der Entwurf der neuen Bauordnung, sowie der über das Waideausübungs-gesetz nebst dem über das Streurecht noch auf diesem Landtage eingebracht werde. — Tagesordnung: Fortsetzung der Adressberatung. Schott antwortet der Antrittsrede des Präsidenten, daß er von

jeher Gefühlspolitik getrieben und auch jetzt sage er, daß alle großen Gedanken aus dem Herzen kommen. In der Weltgeschichte sei noch nichts Großes geschehen ohne Leidenschaft. Volksbegeisterung komme aus dem Herzen. Bei der Wahl der Mittel habe allerdings der Verstand mitzureden, aber nicht weniger der Sinn für Recht und Wahrheit. Er nehme die Thatsachen an, wie sie vorliegen, aber der gegenwärtige Zustand sei monströs. Kein einziges Deutschland sei geschaffen, sondern nur ein großer Militärstaat, Deutschland sei zerrissener und unzufriedener als je. Er kenne kein Deutschland ohne Oesterreich, Der „Anschluß an Preußen“ sei der schlotterigste Begriff, den er kenne. Wenn man Preußen auch nur die diplomatische und militärische Führung gebe, dann gebe man ihm zugleich den ganzen Staat. Besser wäre es dann, lieber gleich preußisch zu werden. Das demokratische Prinzip habe schwere Schädigung dadurch erlitten, daß man über Millionen Menschen verfügte, wie über ein Gutsinventar. Er sehe in den Erfolgen Preußens nichts als die Erfolge der Militärherrschaft. So lange die preuß. Regierung nicht zum konstitutionellen Staatsleben sich lehre, haben wir keine Ursache, uns Preußen an den Kopf zu werfen. Er sei kein Partikularist und Württemberg habe von jeher gezeigt, daß ihm das ganze Vaterland am Herzen liege. Die Erklärung, daß wir unter allen Umständen mit Preußen gegen das Ausland marschiren, würde er nicht geben. Denn die Hinweisung auf Frankreich sei nichts als eine Drohung, um desto zahlreicher auftreten zu können. Er würde aber diese Erklärung auch nicht geben, weil dieselbe auch gegen Oesterreich, das jetzt Ausland sei, gerichtet sein könnte. Ihm steht die Freiheit höher als die Einheit und der Mensch höher als der Staat. Von den Ministern habe er ein anderes Verhalten erwartet; er habe erwartet, daß vor Ausbruch des Krieges ein Manifest der süddeutschen Regierung ergehen werde, worin sie zum mindesten die Grundrechte anerkennen werden. Es sei aber bis auf den heutigen Tag zur freiheitlichen Entwicklung des Volkes von Seiten der Regierungen gar nichts geschehen; diese hätte mit dem alten System brechen und rasch und rücksichtslos vorgehen sollen, wo der Staat in Gefahr stehe. Württemberg zum Musterstaat zu machen wäre sein Ideal gewesen. Hölderer will eine Einigung des ganzen außerösterreichischen Deutschlands durch Anschluß an Preußen. Die militärische Führung durch Preußen befürwortet er, da die kleinstaatlichen Kontingente nur dann etwas leisten können, wenn sie an ein großes Ganze sich anlehnen; die diplomatische Leitung will er Preußen übertragen, daß nach Außen Deutschland als geeinigtes auftritt. Die Erklärung, daß jede Gefahr, welche Preußen von Frankreich drohe, alle Deutschen einmütig finden werde, sollte nothwendig unumwunden in der Adresse Platz finden; die bloße Hoffnung darauf auszusprechen, genüge nicht. Schließlich sagt er, es erzeuge Mißtrauen, daß die Regierung nicht offen ihre Politik bekenne; der Herr Minister habe ihm noch keine Antwort auf seine Anfrage wegen des Bündnisses mit Preußen gegeben. Wenn wir ernstlich die Selbstständigkeit Württembergs wahren wollen, so müsse Volk und Regierung sich ehrlich zum Bundesstaat bekennen. Min. v. Barnebeck erwidert, daß er sich als Minister nicht für berechtigt halte, mit der Flamme des Krieges zu spielen; er hoffe und wünsche, daß der Friede erhalten bleibe. Mohl nimmt aus der diplomatischen Entstehung des letzten Krieges Gelegenheit, die Unlauterkeit der preussischen Politik zu beleuchten, namentlich die erobrende Politik der letzten Jahre, von den Ansprüchen auf Schleswig-Holstein an bis zum letzten deutschen Bürgerkriege, ins Auge fassend, es sei weit entfernt, daß Preußen, wie dessen Freunde sagen, in deutsch-nationalem Interesse gehandelt habe. Wenn auf die Abtretung Venetiens gepocht werde, so müsse man auf die Allianz Preußens mit Italien und auf seine Unterhandlungen mit Frankreich, die unbestreitbar seien, aufmerksam machen. Preußens vorzügliche Rüstungen, verbunden mit der (von uns geglaubten) Behauptung, nicht zu rüsten, habe die Katastrophe herbeigeführt. Daraus folge aber nicht, daß wir absolut unabhängig seien, einen Krieg zu führen und uns unter Preußens Fittige flüchten müßten. Die schlimmste Folge des letzten Krieges sei, daß Europa jetzt das Doppelte für das Militär und die Kriegsbereitschaft aufwenden müsse zum Nachtheil der Gesit-

tung und des Volkswohls. Das Schlimmste sei die Anwendung, die Preußen aus seinem Siege gemacht: Hinauswerfen Oesterreichs (mit 10—12 Mill. Deutschen) aus Deutschland, Zerstückung Deutschlands in 3 Gruppen, ohne welche dasselbe heute noch in Europa unantastbar wäre, Annexion der norddeutschen Staaten und Brandschatzung der süddeutschen um 47 Millionen. Nun sollen wir uns einem preussischen Bundesstaat anheimgen, in welchem alle außerpreussischen Staaten, seien es 4 oder 12 Millionen, ganz einfach der preussischen Majorität, welche einzig ist, wenn es Preußens Machtvollkommenheit gilt, unterworfen wären; dieß sei nicht möglich; bei einer Annexion würden wir als Angehörige Preußens geschont bei dem sog. engen Anschluß wären wir nur Heuloten und Hintersohn. Dafür danke er. (Schluß folgt.)

— Stadt Wangan, 10. Okt. In 2 hiesigen Strassen ist unter dem Vieh die Klauenseuche aufgetreten.

— Vom Allgäu, 9. Okt. Die Klauenseuche sucht unter unserm schönen Vieh ihre Opfer. Wie allgemein versichert wird, hat dieser Tage ein großer Hofzuchtbesitzer mehrere Stücke schnell an dieser gefürchteten Krankheit verloren.

— Am Bodensee wird die allgemeine Weinlese am 16. d. M. beginnen, und zwar sowohl am württembergischen wie am badi-schen Seeufer. Aus Meersburg wird geschrieben, daß der See-wein dieses Jahr besser werde, als man dachte.

— Freiburg, 11. Okt. Der Herzog von Augustenburg ist heute mit dem Nachzug hier durchgereist und wird sich dem Vernehmen nach in die Schweiz begeben.

— Dresden, 11. Okt. Das Dresd. Journal schreibt: Eine Bekanntmachung des General-Gouverneurs spricht die Geneigtheit aus, den Offizieren und Soldaten der sächsischen Armee, welche Geneignung in ihrer Heimath suchen oder aus dringenden Privat-rücksichten dort zu verweilen wünschen, auf Ansuchen die Geneig-migung zum Aufenthalt in Sachsen gern zu gewähren.

— Berlin, 12. Okt. Die Bank- und Handelszeitung brachte Gerüchte über beunruhigende Militär-anordnungen. Die Nord-deutsche Allgemeine Zeitung dementirt dieselben, indem sie sagt, daß in den politischen Verhältnissen durchaus keine Veranlassung zu solchen Anordnungen liege.

— Wien, 12. Okt. Menabrea wird als Gesandter Italiens hierher zurückkehren. Die Patente zur Einberufung der Landtage sollen am 24. Okt. publicirt werden. Die Eröffnung des unga-rischen Landtags soll am 25. Nov. stattfinden. Die Nachrichten von Miramar lauten ungünstig.

— Triest, 13. Okt. Nach direkten Berichten aus Candia, die bis zum 3. d. Mts. geben, sind die Insurgenten zu hartnäckiger Fortsetzung des Kampfes entschlossen. Oberst Koromeos, Kom-mandant der Rationalgarde Athens, ist heimlich nach Kreta ge-gangen.

Griechenland. Corfu, 8. Okt. Griechische Nachrichten aus Candia vom 2. Okt. melden eine vollständige Niederlage der tür-kisch-ägyptischen Truppen.

Notizen über Preis u. Gewicht der verschiedenen Getreidegat-tungen nach dem Schraunen-Ergebniß vom 6. Okt. 1866.

Quantum.	Gattung.	Gewicht per Simer.			Preis per Simer.					
		höch- stes.	mitt- leres.	nieder- stes.	höch- stes.	mitt- leres.	nied- erstes.			
1 Simer	Kernen	33	32	32	2	38	2	21	2	1
1 Simer	Dinkel	21	20	19	1	14	1	8	—	57
1 Simer	Haber	—	22	—	—	—	—	48	—	—
1 Simer	Roggen	—	32 1/2	—	—	—	—	1	48	—
1 Simer	Gerste	—	31	—	—	—	—	1	20	—
1 Simer	Bohnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Simer	Linsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Simer	Erbsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1 Simer	Wicken	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Druckfehler. Im letzten Blatt ist in der Bekanntmachung „Bürgeraus-schusswahl“ betreffend, Zimmermann Kirchherr als mit 29 Stimm mit „20“ Stimmen gewählt aufgeführt.

